

## NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt

Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 25.04.2003, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

### Anwesend sind:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann,  
Christine  
Herr Stadtrat Biver, Nico  
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte  
Herr Stadtrat Dr. Kahle, Franz  
Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich  
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich  
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela  
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr.  
Marlis  
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus  
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz  
Herr Bürgermeister Vaupel, Egon  
Herr Aab, Peter  
Herr Acker, Matthias  
Herr Becker, Reinhold  
Frau Brahms, Karin  
Herr Chatzievgeniou, Pandelis  
Frau Daser, Dagmar  
Frau Dinnebier, Kirsten  
Herr Hussein, Schaker  
Frau Lotz-Halilovic, Erika  
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer,  
Heinrich  
Herr Meyer, Uwe  
Herr Dr. Musket, Ralf  
Frau Schlüter-Böhm, Julia  
Frau Schröter, Roxane  
Frau Schulze-Stampe, Ursula  
Frau Seelig, Johanna  
Frau Sell, Sonja  
Herr Severin, Ulrich  
Frau Spies, Pauli  
Frau Dr. Weinbach, Kerstin  
Frau Dersch, Christine  
Frau Gottschlich, Hannelore  
Herr Heck, Hermann  
Herr Heubel, Christian  
Frau Kaufmann, Anita  
Herr Kissel, Winfried  
Herr Lohse, Ingo  
Frau Mehnert, Ute  
Frau Oppermann, Anne  
Frau Pötter, Claudia

Herr Rehlich, Jürgen  
Frau Rising Hintz, Gunilla  
Frau Röhrkohl, Anni  
Frau Schaffner, Karin  
Herr Scherer, August  
Herr Usinger, Alexander  
Herr Dr. Wulff, Reimer  
Frau Dr. Baumann, Petra  
Herr Flohrschütz, Rainer  
Herr Götting, Dietmar  
Herr Keller, Manfred  
Frau Lakner, Anna Katharina  
Frau Laßmann, Alev  
Herr Markus, Jürgen  
Frau Neuwohner, Elke  
Frau Perabo, Dr. Christa  
Herr Schäfer, Wolfram  
Frau Gottschaldt, Eva Christiane  
Frau Kolter, Astrid  
Herr Köster-Sollwedel, Henning  
Herr Metz, Peter  
Frau Richter, Anke  
Herr Faecks, Fridhelm  
Herr Schwindack, Frederic  
Herr Zaun, Herbert  
Herr Röllmann, Jan-Bernd  
Frau Schwebel, Gerlinde  
Herr Wüst, Wilfried  
Herr Dr. Huesmann, Gregor  
Herr Ludwig, Heinz

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 28. März 2003 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Einwände gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

### **zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung**

Zur heutigen Tagesordnung liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet aus der gestrigen Sitzung des Ältestenrates und gibt die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen bzw. Veränderungswünsche zur heutigen Tagesordnung bekannt.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft hat im Hause ein Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden bzw. an die Stadtverordneten verteilen lassen. In dem Schreiben wird auf die vergangene Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und dort gefallene Äußerungen Bezug genommen. Der Stadtverordnete Acker (SPD) beantragt, die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu unterbrechen und den Ältestenrat einzuberufen, um über den Inhalt dieses Schreibens zu beraten.

Da mehr als 3 Mitglieder des Ältestenrates diesen Wunsch unterstützen, unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher die Stadtverordnetenversammlung von 17:12 bis 17:50 Uhr und beruft den Ältestenrat ein.

Nach Fortsetzung der Sitzung berichtet der Stadtverordnetenvorsteher aus der Sitzung des Ältestenrates. Dieser hat das praktizierte Verfahren (Verteilung des Schreibens) mehrheitlich gerügt.

### **zu 4 Fragestunde**

#### **zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr.1 04/03) Vorlage: VO/1301/2003**

Warum öffnet das Schwimmbad in Wehrda nur noch Samstag und Sonntag um 8.00 Uhr und nicht wie früher auch an vier Wochentagen, obwohl der Bedarf für das Warmbad um diese Uhrzeit, gerade bei älteren Mitbürgern, bei weitem

vorhanden ist?

Es antwortet der Oberbürgermeister in Stellvertretung für den Bürgermeister.

Diese Frage wurde bereits am 05.02.2003 mit gleichem Wortlaut von Herrn Usinger gestellt und in der Stadtverordnetenversammlung am 28.02.2003 entsprechend beantwortet. Damals wurde angekündigt, dass weitere Wassergymnastikzeiten am Dienstagvormittag ab 8.00 Uhr zur Entlastung des öffentlichen Badebetriebes angeboten werden sollen. Dies ist mittlerweile mit sehr gutem Erfolg umgesetzt worden. Zusätzlich wird auch im AquaMar am Montag- und Freitagvormittag von 10.00 – 11.30 Uhr kostenlos Wassergymnastik angeboten.

Mit diesem erweiterten Gymnastikprogramm hat sich die von vielen Badegästen kritisierte Überbelegung der Öffnungszeiten in Wehrda in den Vormittagsstunden in der Zwischenzeit entspannt. Deshalb können aus Sicht der Verwaltung die momentanen Öffnungszeiten belassen werden. Ohnehin ist eine Erweiterung der öffentlichen Nutzungszeiten nur sehr schwer möglich, da der Donnerstag- und Freitagvormittag bereits von Schulen belegt ist.

zu **4.2** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 2 04/03)**  
**Vorlage: VO/1302/2003**

In welchem Zeitraum wird Heckenschnitt durchgeführt und welche Ausnahmen berechtigen dazu, dass auch noch nach dem 20. März Heckenschnitt erfolgt? Wer hat einen solchen Auftrag auf welcher gesetzlichen Grundlage erteilt, obwohl dadurch viele Vogelarten in ihrem Brutgeschäft und Nestbau gestört werden?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Im Regelfall wird zwischen dem 16. März und 31. August kein Heckenrückschnitt durchgeführt. Dies bezieht sich jedoch auf den planungsrechtlichen Außenbereich.

Im Hessischen Naturschutzgesetz heißt es im § 22 (2):

„Die Verbote des Abs. 1 gelten nicht für:

...

4. Unterhaltungs- und Pflegemaßnahmen zur Erhaltung der Verkehrssicherheit von ... Straßen, Wegen ... soweit die Vögel in ihrer Brutzeit, die in der Regel zwischen 16. März und 31. August liegt, nicht gestört werden, ...“

Diese Maßnahmen stellen darüber hinaus nach § 6 (2) Zif. 9 HENatG keinen genehmigungspflichtigen Eingriff dar.

In diesem Frühjahr wurde in einem Fall der Zeitpunkt des Heckenrückschnittes nach dem 16. März vorgenommen, jedoch nach Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde und nach Begehung der Heckenstrukturen mit einem Ornithologen. Brütende Vögel, die durch den Rückschnitt hätten gestört werden können, wurden zu diesem Zeitpunkt nicht vorgefunden, so dass die Frist auf der Grundlage des § 22 (2) um wenige Tage überschritten werden konnte.

Die jetzige Hess. Landesregierung hat mit der Novellierung des HENatG in 2002

die bisher sehr starre Regelung der Frist mit oben zitierter neuer Formulierung einen größeren Ermessensspielraum geöffnet.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Heck (CDU) wird ebenfalls durch den Dezernenten beantwortet.

zu **4.3** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Markus (Nr.3 04/03)**  
**Vorlage: VO/1327/2003**

Vor welchen Kindergärten und Schule sind (entsprechend dem Parlamentsbeschluss vom 25. Oktober 2002) weitere Tempo 30-Bereiche ausgewiesen worden?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Mit Schreiben vom 05.03.2003 wurde den Fraktionen durch die Stabsstelle zur Unterstützung und Betreuung kommunaler Gremien mitgeteilt, dass in Übereinstimmung mit der Polizei nicht vorgesehen ist, an der Theodor-Heuss-Schule und an Schulen und Kindergärten allgemein die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu beschränken. Sollten sich an bestimmten Schulen oder Kindergärten Probleme mit der Verkehrssicherheit ergeben, werden diese konkret überprüft und nach Möglichkeit durch geeignete Maßnahmen abgestellt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (PDS/ML) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.4** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr.4 04/03)**  
**Vorlage: VO/1304/2003**

Ist der Parlamentsbeschluss vom 25. Oktober 2002 zur Einrichtung eines Bewohnerparkbereiches am Ortenberg (Schützenstr. etc.) bereits umgesetzt worden?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller:

Der Parlamentsbeschluss zum Bewohnerparken am Ortenberg ist noch nicht umgesetzt worden.

Für die Einrichtung eines Bewohnerparkbereiches müssen zunächst umfangreiche Vorerhebungen durchgeführt werden, bevor mit allen von dieser Maßnahme Betroffenen erörtert wird, ob und ggf. in welcher Form eine Bewohnerparkregelung möglich und sinnvoll ist. Diese zeitaufwendigen Vorbereitungen sind notwendig, um allen Belangen gerecht zu werden eine möglichst breite Akzeptanz einer derartigen Regelung zu erreichen.

Es wird angestrebt, bis Ende 2003 ein Konzept zur Einrichtung eines Bewohnerparkbereiches am Ortenberg vorzulegen.

zu **4.5** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr.5 04/03)**  
**Vorlage: VO/1303/2003**

Ist die Ausweisung weiterer Tempo 30-Zonen im Stadtwald (Parlamentsbeschluss Oktober 2002) erfolgt?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller:

Mit Schreiben vom 05.03.2003 wurde den Fraktionen durch die Stabsstelle zur Unterstützung und Betreuung kommunaler Gremien mitgeteilt, dass je nach Baufortschritt jeweils geprüft wird, ob weitere Geschwindigkeitsbeschränkungen auf unter 50 km/h möglich und sinnvoll sind.

Zwischenzeitlich wurde die Jakob-Kaiser-Straße indem bereits bebauten Abschnitt mit dem vorhandenen Kinderspielplatz im Bereich zwischen Dietrich-Bonhöffer-Straße und Luise-Berthold-Straße als Tempo 30-Zone beschildert.

zu **4.6** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Markus (Nr.6 04/03)**  
**Vorlage: VO/1306/2003**

Ist der Parlamentsbeschluss, abschließbare Fahrradboxen zu installieren, umgesetzt worden (August 2002)?

Es antwortet der Oberbürgermeister in Stellvertretung für den Bürgermeister.

Eine mögliche Errichtung von abschließbaren Fahrradboxen ist in den Radverkehrsbeiratssitzungen vom 26. Juni, 11. September, 06. November 2002 und 16. Januar 2003 ausführlich und kontrovers diskutiert worden. Hierbei wurden sowohl funktionale und optische Aspekte als auch der Bedarf erörtert. Der Einsatz von Fahrradboxen im Stadtgebiet von Marburg wurde grundsätzlich als sinnvoll angesehen. Jedoch gestaltete sich die Wahl eines geeigneten Standortes problematisch, da die sperrigen, kastenförmigen Boxen im Gegensatz zu den sonst eingesetzten Fahrradabstellanlagen einen erheblich größeren Platzbedarf aufweisen und sich nachteilig auf das Stadtbild auswirken. Im Bereich der Innenstadt, wo Radtouristinnen und -touristen dieses Angebot in Anspruch nehmen würden, war den Teilnehmern des Radverkehrsbeirates keine geeignete Fläche für Fahrradboxen bekannt. Bei den Boxen bestehe zudem die Gefahr zweckentfremdeter Nutzung, z. B. durch Müll, Autoreifen o. ä. Zusätzlich wurde neben der Sicherung in Fahrradboxen auch eine Videoüberwachung von einzurichtenden Fahrradabstellplätzen in Parkhäusern ins Gespräch gebracht. Dies wurde jedoch von den Stadtwerken als problematisch angesehen. Im Parkhaus Pilgrimstein sei kein Platz für Abstellanlagen vorhanden, zudem gebe es dort trotz Videoüberwachung keine absolute Sicherheit vor Sachbeschädigungen.

Insgesamt zeigte sich, dass es bei einer praktischen Umsetzung noch viele ungelöste Probleme gibt, die eine Realisierung von Fahrradboxen zur Zeit nicht empfehlenswert erscheinen lassen. Sofern der ADFC oder andere Verbände neue Erkenntnisse gewinnen, soll die Angelegenheit wieder auf die Tagesordnung des Radverkehrsbeirates gesetzt werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Baumann (B 90/Die Grünen) und Meyer

(SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.7** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr. 7 04/03)**  
**Vorlage: VO/1307/2003**

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob in den städtischen Buslinien, insbesondere in den Abendstunden, durch Jugendliche und Erwachsene Alkohol konsumiert wird und mit welchen Konsequenzen?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller:

Sämtliche Busfahrer der Stadtwerke sind dazu angehalten, Fahrgästen den Verzehr von Lebensmitteln als auch den Konsum von Getränken jeglicher Art zu untersagen, gegebenenfalls steht dem Busfahrer das Recht zu, den Fahrgast von der Beförderung auszuschließen. Mit dieser Vorbeugemaßnahme sollen Verunreinigungen in den Bussen in Grenzen gehalten werden. Probleme mit alkoholisierten Fahrgästen kommen hin und wieder vor, jedoch beeinträchtigen diese den Betriebsablauf nur in äußerst wenigen Fällen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Baumann und Laßmann (B 90/Die Grünen) sowie Hussein (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.8** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alev Laßmann (Nr. 8 04/03)**  
**Vorlage: VO/1328/2003**

Wie sieht es mit den Planungen bezüglich der Inliner-Nacht donnerstags aus? Welches Konzept (-vgl. KiJuPa-Antrag) ist erarbeitet worden?

Es antwortet der Oberbürgermeister in Stellvertretung für den Bürgermeister.

Die Marburger Skate-Night 2003 startete am 24.04.2003, ab 20:00 Uhr im Kaufpark Wehrda und wird bis zum 28.08.2003 vierzehntägig durchgeführt. Es bleibt auch in diesem Jahr bei der Kooperation mit der Fa. Intersport Begro.

Um die Tour auch für unsere jüngsten Teilnehmer attraktiver zu gestalten, wurde die Streckenführung verändert und führt nunmehr über die Gisselberger Straße, Willy-Mock-Straße zum Parkplatz am Georg-Gaßmann-Stadion und über die Leopold-Lucas-Straße wieder zur Schwanallee. Von dort über die Frankfurter Straße, Am Grün zur Universitätsstraße und zur Schwanallee. Es wird in der Stadt zweimal eine Acht gefahren, so dass sich der flacherer Teil der Strecke, also über die Gisselberger Straße etc. für unsere jüngsten Skater besonders eignet. Diese sollten in das Teilnehmerfeld auf dieser Linie ein- und aussteigen, je nach Belieben oder Können.

Darüber hinaus wird der Kooperationspartner an einem Donnerstag, an dem die Tour nicht läuft, einen kostenlosen Kurs für unseren jüngsten Skater anbieten.

Der genaue Zeitpunkt wird im Rahmen der Skate-Night bekannt gemacht.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Laßmann (B 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.9 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 9 04/03)**  
**Vorlage: VO/1315/2003**

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben an welchen Tagen das Stadtwaldgelände an welche Kinder- u. Jugendgruppen vergeben ist und welche Tage u.U. noch frei sind?"

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

**1.**  
**Belegungen 2003**

<b>Zeitraum</b>	<b>Gruppe</b>	<b>Hausbel.</b>	<b>Zelte</b>	<b>Tagesbel.</b>
<u>Januar</u>				
17. – 19.	Pro International	X		
24. – 26.	Seminargruppe Jufö	X		
31.1. – 2.2.	BdP Landesverband	X		
<u>Februar</u>				
17. – 18.	BSJ e.V.		X	
20. – 22.	Pro International	X		
22.2. – 8.3.	Internationales Workcamp	X		
27.2. – 2.3.	Pro International	X		
15.3.	BSJ e.V. / Jufö	X		
<u>März</u>				
17.3.	BSJ e.V.			X
20. – 21.	BSJ e.V.			X
21.	Seminargruppe Jufö			X
22.3. – 5.4.	Internationales Workcamp	X		
24. – 28.	BSJ e.V.	X		
28. – 30.	Pro International	X		
<u>April</u>				
1. – 3.	BSJ e.V. / Jufö	X		
7. – 12.	Hausfreizeit Jufö	X		
12. – 26.	Internationales Workcamp	X		
14. – 17.	Projekt Soz. Gruppenarbeit	X		
22.4. – 30.5.	Eltern-Kind-Verein			X
24. – 25.	PB-Schule	X		
25. – 27.	Pro International	X		
27.	Seminargruppe Jufö			X
28.	BSJ e.V.			X

29. – 30.	Jugendberufshilfe			X
30.	BSJ e.V.			X

### Mai

1. – 4.	Pro International	X		
3. – 17.	Internationales Workcamp	X		
5. – 9.	Landschulheim Gebesee	X		
6./13./20.	Fam. Bildungsstätte			X
5. – 16.	Eltern-Kind-Verein			X
7. – 9.	Kaufmännische Schulen		X	
9. 11.	DPSG-Oberhessen		X	
10.	KFZ			X
12. –13.	Erich-Kästner-Schule	X		
14. – 15.	BSJ e.V.			X
17.	Behinderten Beirat			X
19. – 23.	Blista			X
23. –24.	Kiga Moischt	X		
21.	BSJ e.V.			X
24. – 25.	Seminargruppe Jufö	X		
24.	BSJ e.V.			X
26. – 27.	Kaufmännische Schulen	X		
27. – 28.	Jugendberufshilfe			X
28.	BSJ e.V.			X
28.5. – 1.6.	Kreatives Spielen e.V.		X	
29.5. – 1.6.	Fantasy Club e.V.	X	X	
31.5. – 14.6.	Internationales Workcamp	X		

### Juni

2.	BSJ e.V.			X
2. – 3.	BSJ e.V.			X
3. – 5.	Wollenbergschule Wetter			X
4. – 5.	Jugendberufshilfe			X
4.	BSJ e.V.			X
5. – 6.	Kiga Roth	X		
5. –14.	VFL-Marburg		X	
6. – 9.	Pro International	X		
6. – 7.	Schule Wittelsberg	X		
10.6. –11.7.	Eltern-Kind-Verein			X
11.	BSJ e.V.			X
12.	PB-Schule / Jufö			X
13. –14.	Kita Berliner Straße	X		
14.	Kinderzentr. Weißer Stein			X
15.	Ramba Zamba			X
16. – 17.	BSJ e.V.		X	
16. – 18.	Gerh.-Hauptm.-Schule / Jufö	X		
18. – 22.	Florstädter Kindergruppen		X	
19. – 22.	Pro International	X		
19. – 22.	Jugendclub Moischt		X	
21.6. – 5.7.	Internationales Workcamp	X		
24.	BSJ e.V.			X
25. – 26.	BSJ e.V.			X
26. –27.	Kiga Oberweimar	X		
28.	Pflegedienst			X

28. – 29.	Kiga Eisenacher Weg	X		
28. – 29.	Seminargruppe Jufö			X
30.	TSV-Oock.hausen / Jufö			X

### Juli

1. – 2.	Schule Heskem	X		
2. – 4.	Erich-Kästner-Schule / Jufö	X		
4.	Marbach GmbH			X
4. – 5.	Käthe-Kollwitz-Schule / Jufö			X
5. – 6.	JSG-Bauerbach		X	
5. – 6.	KIJUPA	X		
7. – 12.	Schule Steinmühle / Jufö			X
10. – 12.	Freie Schule	X		
10.	KTB Elternabend (Jufö)			X
8. – 9.	Kiga „Am Teich“	X		
11. 13.	DBM-Betriebsfest			X
12. – 13.	Seminargruppe Jufö	X		
12.	Kiga Em.-v.-Behring-Str.			X
12. – 13.	Seminargruppe Jufö			X
18.	Seminargruppe Jufö			X
12.7. – 2.8.	Internationales Workcamp	X		
21. – 31.	Kindertagesbetreuung / Jufö		X	X

### August

4. – 15.	Kindertagesbetreuung / Jufö		X	X
18. – 23.	Hausfreizeit / Jufö	X		
23.8. – 6.9.	Internationales Workcamp	X		
26. – 27.	Ferienpass / Jufö	X		
27. – 28.	Naturschutzjugend Hessen		X	
28.	BSJ e.V.			X
29. – 30.	Jugendbildungswerk	X		

### September

3. – 5.	Pestalozzischule / Jufö	X		
5. – 7.	Projekt Soz. Gruppenarbeit	X		
8. 10.	Pestalozzischule / Jufö	X		
8. – 9.	Jugendberufshilfe	X		
10. – 12.	Brüder-Grimm-Schule / Jufö	X		
12.	Sozialamt	X		
13. – 14.	BSJ e.V.	X		
13. – 27.	Internationales Workcamp	X		
15. – 17.	Erich-Kästner-Schule / Jufö	X		
15. – 16.	Käthe-Kollwitz-Schule / Jufö			X
17. – 19.	Käthe-Kollwitz-Schule / Jufö			X
20.	Jugendbildungswerk Mr.-Bied.			X
22. – 24.	Erich-Kästner-Schule / Jufö	X		
22. – 23.	Käthe-Kollwitz-Schule / Jufö			X
24. – 26.	Käthe-Kollwitz-Schule / Jufö			X
27.	BSJ e.V. / Jufö			X
29.9. – 1.10.	Brüder-Grimm-Schule / Jufö	X		

30.9. – 2.10,	Blista / Jufö		
<u>Oktober</u>			
4. – 18.	Internationales Workcamp	X	
6. – 7.	Jugendberufshilfe		X
6. – 8.	Erich-Kästner-Schule / Jufö	X	
8. – 11.	Jufö Odenwald / Jufö	X	
13. – 15.	Erich-Kästner-Schule / Jufö	X	
14. – 16.	Jugendberufshilfe	X	
20. – 25.	Hausfreizeit Jufö	X	
22. – 24.	VaAM e.V. / Jufö		X
25.10. – 8.11.	Internationales Workcamp	X	
30.10. – 2.11.	Pro International	X	
<u>November</u>			
3. – 7.	BSJ e.V.	X	
7. – 9.	Pro International	X	
10. – 12.	BSJ e.V.	X	
14. – 16.	Pro International	X	
21. – 22.	Pro International	X	
<u>Dezember</u>			
5. – 7.	Jugendbildungswerk MR. BIED.	X	

**Stand: 07. April 2003**

## **2. Freie Belegungstage 2003 (Stand: 07. April)**

Kapazitäten in Zelten der Jugendförderung oder in mitgebrachten Zelten sind nach Absprache ausreichend vorhanden für die Zeiträume von:

**Mai bis 13.07.** und vom **01.09. bis 19.09.** (Ende der Zeltsaison).

Im Folgenden die Tage der monatlich freien Kapazitäten in den festen Unterkünften der Häuser 1, bzw. 2 (insgesamt 36 Plätze in den zwei Häusern) ab Monat Mai. In der Zeit vom 14.07. – 24.08.03 steht das Gelände ausschließlich der Jugendförderung für die eigenen Maßnahmen zur Verfügung:

### Mai

14. / 19. – 22. / 28.

### Juni

2. – 4. / 11. – 12. / 23. – 25. / 30.

### Juli

### August

25. / 28. / 30.

### September

1. – 2. / 18. – 21. / 25. – 27.

### Oktober

1. – 5. / 12. / 16. – 19. / 26. – 29.

### November

13. / 17. – 21. / 24. – 30.

### Dezember

1. – 4. / 8. – 31.

zu **4.10** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 10 04/03)**  
**Vorlage: VO/1329/2003**

Ist dem Magistrat bekannt, ab wann es möglich sein wird, im AquaMar Schwimmkurs zu belegen?

Es antwortet der Oberbürgermeister in Stellvertretung für den Bürgermeister.

Der erste Baby-Schwimmkurs wird am 29.04.2003 beginnen und die erste Stunde des Aquafitness-Kurses war für den 22.04.2003 geplant.

Leider konnte noch kein Anfänger-Schwimmkurs begonnen werden, da Übungsleiter/-innen wieder kurzfristig abgesagt haben. Die Bäderverwaltung bemüht sich weiter um Kursleiter.

zu **4.11** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dagmar Daser (Nr. 11 04/03)**  
**Vorlage: VO/1308/2003**

Ist die Fortführung aller Kurse der Produktionsschule bzw. des Coop-Projektes, angesiedelt bei der Käthe-Kollwitz-Schule, auch im nächsten Jahr 2003/2004 gesichert?

Es antwortet der Oberbürgermeister in Stellvertretung für den Bürgermeister.

#### 1. Koop-Projekt

Das Koop-Projekt wird von den teilnehmenden Schulen (den drei Verbundschulen - Emil-von-Behring-Schule, Theodor-Heuss-Schule und Friedrich-Ebert-Schule - sowie den drei beruflichen Schulen) sehr positiv bewertet und soll auch im nächsten Schuljahr fortgesetzt werden.

Eine abschließende Entscheidung liegt noch nicht vor, da die Durchführung an die Bewilligung entsprechender Lehrerstunden durch das Staatliche Schulamt gekoppelt ist. Die Lehrerzuweisung für das kommende Schuljahr ist durch das Staatliche Schulamt jedoch noch nicht erfolgt.

## 2. Produktionsschule

Bei der Produktionsschule handelt es sich um ein Kooperationsprojekt zwischen dem Träger Arbeit und Bildung, dem Arbeitsamt und der Adolf-Reichwein-Schule. Seitens der Adolf-Reichwein-Schule wird die Maßnahme ebenfalls positiv bewertet und man hofft, dass sie auch im kommenden Schuljahr fortgesetzt werden kann. Eine abschließende Entscheidung ist jedoch auch hier noch nicht getroffen, da über die Finanzierung durch Zuschüsse an Arbeit und Bildung sowie einer Beteiligung der Arbeitsverwaltung noch nicht endgültig entschieden wurde.

### zu 4.12 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Schaker Hussein (Nr. 12 04/03)** **Vorlage: VO/1309/2003**

Hat der Magistrat inzwischen Gelegenheit gefunden, die in der Stadtverordnetensitzung vom 21. Juni 2002 beschlossene Errichtung eines durchgängigen Fußgängerüberweges zwischen Kaufpark Wehrda und Messegelände zu prüfen und wann darf die Stadtverordnetenversammlung hoffen, über das Ergebnis unterrichtet zu werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister in Stellvertretung für den Bürgermeister.

Zur Verbesserung der Fußwegeverbindung und zur Erhöhung der Sicherheit für Fußgänger zwischen dem Kaufpark Wehrda und dem Messeplatz wurden bereits in 1999 durch den DBM verschiedene Baumaßnahmen, wie die Befestigung der Bankette und Verbreiterung der Fahrbahn, durchgeführt. Die Arbeiten hatten ein Kostenvolumen von ca. 12.500,00 € und wurden von der Tiefbauabteilung im Einvernehmen mit der Straßenverkehrsbehörde beauftragt.

Der Endausbau der nördlichen Afföllerstraße einschließlich der Gehwege wäre zur Schaffung eines durchgängigen Fußweges zwar wünschenswert, kann aber erst nach der Bebauung des Universitätsgeländes verantwortet werden, da erfahrungsgemäß die Bebauung von Anliegergrundstücken nicht erfolgen kann, ohne dass gleichzeitig Schäden an den Erschließungsstraßen entstehen. Daher wird in allen Baugebieten so vorgegangen, dass die Herstellung der Erschließungsstraßen zweistufig (1. Baustraße, 2. Endausbau) erfolgt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Hussein (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

### zu 4.13 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Christian Heubel (Nr. 13 04/03)** **Vorlage: VO/1330/2003**

Ist dem Magistrat bekannt, ob und wenn ja, wie viele und wo es Biodiesel-Tankstellen/Zapfsäulen in Marburg sowie ggf. im Landkreis gibt?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Nachforschungen durch die Stadtwerke Marburg und dem DBM haben ergeben, dass in der Stadt Marburg kein Biodiesel an Tankstellen angeboten wird. Im Landkreis gibt es nach vorliegenden Informationen lediglich in der Gemeinde Cölbe einen Anbieter.

Aus der Stadtverordnetenversammlung wird jedoch darauf hingewiesen, dass im Stadtteil Cappel ebenfalls eine Biodiesel-Tankstelle vorhanden sein soll (Firma. Winschermann).

Eine Zusatzfrage wird durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.14** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Shaker Hussein (Nr. 14 04/03)**  
**Vorlage: VO/1310/2003**

Kann der Magistrat erklären, warum bis dato (31. März 03) der, bereits im Dezember des Jahres 2002, verabschiedete Haushalt 2003 noch nicht beim Regierungspräsidium in Gießen vorliegt? Und wann erst dadurch mit der Antwort aus Gießen zu rechnen ist?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller:

1. Nach der Verabschiedung des Haushalts, in diesem Fall am 20. Dezember 2002, ist der bis dahin vorliegende Entwurf komplett neu aufzubereiten. Dabei bleibt vom Inhaltsverzeichnis bis zur letzten der rd. 800 Seiten kaum eine Seite unberührt. Auch textliche Passagen, die evtl. unverändert bleiben, sind zumindest darauf zu überprüfen, ob sie denn unverändert bleiben können.

Wenn beim Haushalt 2003 die Liste der Änderungen, die der Entwurf in der 2. Lesung erfahren hat, über 100 Seiten umfasst, dann sind diese Veränderungen nicht innerhalb weniger Tage zu verarbeiten.

2. Mit der Aufbereitung des Haushalts kann normalerweise – von den Weihnachtstagen einmal abgesehen – unverzüglich nach dem Beschluss begonnen werden.

Das war in diesem Falle anders.

Der Haushalt ist zwar am 20.12.2002 beschlossen worden, im Verwaltungshaushalt jedoch quasi „unfertig“. Mit der 2. Lesung sind nämlich auch rd. 2,8 Mio € Globalkürzungen beschlossen worden, so dass im Prinzip alle Ansätze des Verwaltungshaushalts nur vorläufig waren. Für einen „fertigen“ Verwaltungshaushalt mussten diese 2,8 Mio € zunächst haushaltsstellenscharf umgelegt werden. Dazu fanden von Januar bis Ende Februar/Anfang März in den Dezernaten praktisch weitere „Haushaltsberatungen“ statt. Das führte zu weiteren mehreren hundert Änderungen.

Das Ergebnis dieser nachträglich notwendigen „Haushaltsberatungen“ wurde für die Dezernate I und II dem Haupt- und Finanzausschuss in der Februarsitzung 2003 und für das Dezernat III dem Sozialausschuss in der März Sitzung zur Kenntnis gegeben.

3. Erst nachdem der Verwaltungshaushalt so tatsächlich feststand, konnte die Druckvorlage für den fertigen Haushalt komplett erarbeitet, der Haushalt gedruckt

und dem Regierungspräsidium zur Genehmigung vorgelegt werden.

4. Am Rande sei darauf hingewiesen, dass die Verwaltung parallel u. a. auch noch den Jahresabschluss 2002 zu bewerkstelligen hatte, ferner im Rahmen der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Sperre des gesamten Vermögenshaushalts die Einteilung aller Maßnahmen in Prioritäts-Kategorien sowie bereits die Vorarbeiten für den Nachtragshaushalt 2003.

5. Für die Genehmigung der Haushalte 2000, 2001 und 2002 hat das Regierungspräsidium jeweils rd. ein viertel Jahr benötigt. Wie lange es in diesem Jahr dauern wird, entzieht sich der Kenntnis und der Einflußmöglichkeit des Magistrats.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Chatzievgeniou und Hussein (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.15      Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anne Oppermann (Nr. 15 04/03)  
Vorlage: VO/1331/2003**

Wie beurteilt der Magistrat die Realisierungs-Chancen des Lückenschlusses der B3 a, nachdem der Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplanes diesen 4,5 km langen Streckenabschnitt der B3 a Weimar/Argenstein – Weimar/Roth in die Rubrik „Neue Vorhaben mit bestandenem naturschutzfachlichem Planungsauftrag“ gestellt haben?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Der Beginn des Planfeststellungsverfahrens für den Lückenschluss der B3 a soll nach Auskunft des ASV noch in diesem Jahr erfolgen. Das Verfahren dauert erfahrungsgemäß 2-3 Jahre. Der naturschutzfachliche Planungsauftrag wird gegenwärtig abgearbeitet und soll gemäß ASV zu keinem zusätzlichen Zeitverzug hinsichtlich der Planfeststellung führen. Der Magistrat geht nach wie vor davon aus, dass der für das Oberzentrum Marburg überaus wichtige Lückenschluss B 3 a in Verbindung mit dem Knotenpunkt zur B 255 anschließend realisiert wird.

**zu 4.16      Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 16 04/03)  
Vorlage: VO/1311/2003**

Welche Pläne gibt es hinsichtlich des Grillplatzes mit Grillhütte am Richtsberg?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller:

Es ist daran gedacht, die Verwaltung des Grillplatzes (Vergabe von Terminen, Aufsicht, Sauberhalten des Geländes etc.) an einen Verein am Richtsberg zu übertragen. Dies soll in den nächsten Monaten erfolgen – entsprechende Anfragen von Vereinen am Richtsberg liegen vor. Im Sinne von Bürgerengagement kann das Projekt im Rahmen der Stadterneuerung Richtsberg weitergeführt werden.

Zur besseren stadträumlichen Einbindung des Grillplatzes werden zur Zeit mit den Prozessbeteiligten (RGS, 67, FB 4, 40, BSF, Vereinen und interessierten Bürger/innen) Überlegungen geprüft, in den benachbarten Gebieten weitere

Nutzungen anzusiedeln, damit über eine bessere Frequentierung des Gebietes insgesamt der Randcharakter aufgelöst wird und die leider zu registrierenden Vandalismusschäden über eine bessere soziale Kontrolle minimiert werden können.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Dinnebier (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.17** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 17 04/03)**  
**Vorlage: VO/1312/2003**

Wie ist es zu der Fehlinvestition einer Halfpipe am Richtsberg (hinter der Gesamtschule) gekommen und was geschieht künftig mit dieser Halfpipe?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller:

Die Anschaffung bzw. der Bau der Halfpipe ist ein Produkt des Beteiligungsprozesses, wie er gem. den Leitlinien der „Sozialen Stadt“ durchgeführt wurde. Das heißt, dass 1. von 61.1 bei der Neugestaltung des Außengeländes der Richtsberg Gesamtschule (RGS) eine Halfpipe nicht vorgesehen war und 2. dieser Vorschlag von den Beteiligungsprojekten ausdrücklich auf Wunsch der Jugendlichen am Richtsberg in die Planung mit aufgenommen wurde.

Auf dieser Grundlage wurde nach mehreren Gesprächen mit den Jugendlichen, die Halfpipe - gegen den Willen von 61.1 und den beauftragten Planungsbüros - in das Konzept zur Neugestaltung mit aufgenommen – ein Produkt des Beteiligungsprozesses.

Die marginale Nutzung der Halfpipe als Resultat wäre dementsprechend eher dem Problem zuzuordnen, welche Interessen in einer Planung aufgehen und wie die von den Beteiligten gewünschten Produkte auch von denselben genutzt werden.

Es ist zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit den Beteiligungsprojekten und den Schulen die Jugendlichen an die Nutzung der Halfpipe herangeführt werden können, damit eine bessere Frequentierung dieser Anlage eingeleitet werden kann.

Die Finanzierung der Anlage wurde bereits über das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ abgewickelt. Daraus folgt, dass bei einer angedachten örtlichen Veränderung, die Anlage im Sanierungsgebiet Richtsberg verbleiben muss oder, bei einem Transfer in die Kernstadt, die gesamten Kosten zu ersetzen und dem Sanierungsprojekt „Soziale Stadt“ zuzuführen sind.

Zusatzfrage der Stadtverordneten Hussein (SPD) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister und Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.18** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 18 04/03)**  
**Vorlage: VO/1313/2003**

Kann der Magistrat, in persona des Stadtrats Dr. Kahle, erklären, weshalb das Stadtparlament in seiner September-Sitzung beschließt den Beitritt zum

Klimaschutzbündnis zu erwägen, der Stadtrat daraufhin erklärt, er werde spätestens in der Januar-Sitzung einen Bericht zu den Beitrittsmodalitäten vorlegen, gleichwohl er sich in der Februar-Sitzung öffentlich zerknirscht, („Asche auf mein Haupt!“) da dies nicht geschehen ist, - dies mit dem Versprechen verbindet, nun wirklich allerspätestens in der März-Sitzung den Bericht nachzureichen, jedoch auch davon nichts zu hören und zu lesen war?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Der Magistrat hatte in seiner Sitzung vom 17.03.2003 dem Beitritt zum Klimabündnis beraten und diesem zugestimmt, in der März Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr (vom 18.03.2003) konnte dies aus Termingründen nicht unter den regulären Tagesordnungspunkten behandelt werden, deshalb erfolgt die Beratung nun in der April-Sitzung.

zu **4.19** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 19 04/03)**  
**Vorlage: VO/1333/2003**

Wer ist im Magistrat und/oder in der Verwaltung mit welchem Planungsstand bis zum Ende der Mandatszeit der jetzigen Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr 2006 mit der Pflege und Ausgestaltung der Städtepartnerschaft mit Poitiers beschäftigt oder beauftragt?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Im Magistrat ist Herr Stadtrat Dr. Kahle für die Partnerstadt Poitiers zuständig.

Die Partnerschaft mit Poitiers wird wie alle anderen Partnerschaften von Herrn Seim, 10.1, bearbeitet.

Spezielle Planungen bis zum Jahr 2006 über die Ausgestaltung der Partnerschaft bestehen keine.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster (PDS) und Lakner (B 90/Die Grünen) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister und Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen.

Die Anfragen Nr. 20 bis 25 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

**Während der Fragestunde hat von 18:09 bis 18:44 Uhr die Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe (SPD) die Sitzung geleitet.**

zu **5** **Entsendung einer Vertreterin des Deutschen Lehrerverbandes in den Beirat der Volkshochschule**  
**Vorlage: VO/1257/2003**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster (PDS/ML).

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die vom deutschen Lehrerverband vorgeschlagene Nachfolgerin, Frau Margret

Emde, Heinrich-Heine-Straße 27, 35039 Marburg, als neues, stellvertretendes Mitglied (für Frau Ulrike Nödel) zu wählen.  
Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung offen durch Handzeichen abzustimmen.

Aus der Stadtverordnetenversammlung werden keine anders lautenden Wahlvorschläge vorgetragen. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt somit über den Wahlvorschlag Margret Emde abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Frau Margret Emde, Heinrich-Heine-Straße 27, 35039 Marburg, wird als Vertreterin des deutschen Lehrerverbandes in den Beirat der Volkshochschule der Stadt Marburg entsandt. Sie ist Stellvertreterin für Frau Ulrike Nödel.**

zu 6

**Besetzung des Ortsgerichts Marburg I (Kernstadt und Gisselberg)  
Vorlage: VO/1286/2003**

Auch diese Vorlage wurde in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten. Für den Ausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster (PDS/ML).

Für die Neuwahl des Stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers lag dem Wahlvorbereitungsausschuss, der in der Vorlage genannte Wahlvorschlag der CDU-Fraktion vor, Herrn Dr. Reimer Wulff zu wählen.

Für die Neuwahl des Ortsgerichts Schöffen und zugleich Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers hat die SPD-Fraktion vorgeschlagen, Herrn Achim Brechlin zu wählen.

Weitere Wahlvorschläge wurden im Ausschuss nicht vorgetragen.  
Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Wahl aufgrund der vorliegenden Wahlvorschläge offen durch Handzeichen durchzuführen.  
Aus der Stadtverordnetenversammlung wird der offen Abstimmung nicht widersprochen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Wahlvorschläge abstimmen.

1. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

**Herr Dr. Reimer Wulff, geb. 22.08.1933, Beruf: Oberstudiendirektor in Ruhe, Wohnhaft: von Harnackstraße 17, 35039 Marburg, wird zum Stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Marburg I gewählt.**

2. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Herr Achim Brechlin, geb. 20.12.1935, Beruf: Baustoffkaufmann, Wohnhaft: Afföllerwiesen 1, 35039 Marburg, wird zum Ortsgerichtsschöffen und zugleich Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers im Ortsgericht Marburg I gewählt.**

zu 7 **Straßenumbenennung im Stadtteil Michelbach**  
**Vorlage: VO/1266/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die im Plan A gekennzeichnete Straße wird in „Goßfeldener Allee“ umbenannt**
2. **Die im Plan B gekennzeichnete Straße wird in „Zur Wehrholzseite“ umbenannt.**

**Die Pläne sind Bestandteil des Beschlusses.**

zu 8 **Wirtschaftsplan 2003 der Stiftung St. Jakob**  
**Vorlage: VO/0933/2002**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD und B 90/Die Grünen, Nein-Stimmen aus der PDS/ML-Fraktion und Enthaltungen aus den Fraktionen der CDU, FDP, BfM und MBL folgenden Beschluss:

Nach § 8 Abs. 1 der Verfassung der Stiftung St. Jakob wird dem Wirtschaftsplan der Stiftung St. Jakob für das Wirtschaftsjahr 2003, bestehend aus:

dem ERFOLGSPLAN  
dem VERMÖGENSLAN  
sowie der STELLENÜBERSICHT

zugestimmt.

zu 9 **Marburger Ortsrecht**  
**hier: Bauaufsichtsgebührensatzung der Universitätsstadt Marburg sowie**  
**Gebührenverzeichnis zur Bauaufsichtsgebührensatzung**

**Vorlage: VO/1185/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bauausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Auch der Bauausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die beigefügte Neufassung der Bauaufsichtsgebührensatzung der Universitätsstadt Marburg sowie das Gebührenverzeichnis zur Bauaufsichtsgebührensatzung wird beschlossen.**

- zu 10 **Marburger Ortsrecht  
hier: Gefahrenabwehrverordnung über die Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen sowie in den Anlagen der Universitätsstadt Marburg (Marburger Straßenordnung)  
Vorlage: VO/1277/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzender Stadtverordneter Becker (SPD). Im Haupt- und Finanzausschuss wurde beantragt, die Vorlage zur Beratung an die Ausschüsse für Soziales, Jugend und Frauen sowie Umwelt, Energie und Verkehr zu überweisen und erneut in der Mai-Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten. Dagegen wird nicht gesprochen. Die Vorlage wird zurückgestellt und an die genannten Ausschüsse überwiesen.

- zu 11 **Bauleitplanung der Stadt Marburg;  
Offenlage Sanierungsbebauungspläne 1/S 52, 1/S 53 und 1/S 55 Weidenhausen  
Vorlage: VO/1279/2003**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Offenlagebeschluss zu den Sanierungsbebauungsplanentwürfen 1/S 52, 1/S 53 und 1/S 55 Weidenhausen einschl. Begründung wird gefasst.**

- zu 12 **Sanierung des Software Center Marburg-Komplexes  
Vorlage: VO/1232/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Beschlusstext wurde im Haupt- und Finanzausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

1. Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, den beigefügten Bericht zur Übernahme und Entflechtung des Software Center Marburg-Komplexes mit dem darin enthaltenen Sanierungsvorschlag zur Kenntnis zu nehmen.
2. Zur Umsetzung dieses Sanierungskonzeptes beschließt die Stadtverordnetenversammlung:
  - 2.1 Das Stammkapital der Stadtwerke Marburg GmbH (SWM) wird um 2,9 Mio. EUR aufgestockt.
  - 2.2 Im Nachtragshaushalt 2003 werden die hierfür notwendigen Mittel bereit gestellt.

- 2.3 Die bisher gegenüber der Deutschen Bank (DB) abgegebene Ausfallbürgschaft mit einem Volumen i.H.v. rd. 12,4 Mio EUR erlischt aufgrund der vorzunehmenden Umschuldung und wird durch eine selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber der Helaba – Landesbank Hessen-Thüringen - i.H.v. 8,3 Mio. EUR ersetzt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung geht davon aus, dass mit diesen nachhaltigen Sanierungsmaßnahmen sowie den von der Software Center Marburg Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH (SCM-BVG) durchzuführenden weiteren Verbesserungen des operativen Geschäfts zukünftig keine weiteren finanziellen Forderungen gegenüber der Stadt Marburg erhoben werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung der so geänderten Vorlage.

Im Rahmen der Aussprache sprechen der Stadtverordnete Metz (PDS/ML), der Oberbürgermeister für den Magistrat sowie die Stadtverordneten Dr. Wulff (CDU), Acker (SPD), Metz (PDS/ML), Röllmann (FDP) und Faecks (BfM).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Die Grünen, CDU und der Zählgemeinschaft BfM, FDP und MBL, bei Enthaltung der PDS-Fraktion folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, den beigefügten Bericht zur Übernahme und Entflechtung des Software Center Marburg-Komplexes mit dem darin enthaltenen Sanierungsvorschlag zur Kenntnis zu nehmen.**
2. **Zur Umsetzung dieses Sanierungskonzeptes beschließt die Stadtverordnetenversammlung:**
  - 2.1 **Das Stammkapital der Stadtwerke Marburg GmbH (SWM) wird um 2,9 Mio. EUR aufgestockt.**
  - 2.2 **Im Nachtragshaushalt 2003 werden die hierfür notwendigen Mittel bereit gestellt.**
  - 2.3 **Die bisher gegenüber der Deutschen Bank (DB) abgegebene Ausfallbürgschaft mit einem Volumen i.H.v. rd. 12,4 Mio EUR erlischt aufgrund der vorzunehmenden Umschuldung und wird durch eine selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber der Helaba – Landesbank Hessen-Thüringen - i.H.v. 8,3 Mio. EUR ersetzt.**
3. **Die Stadtverordnetenversammlung geht davon aus, dass mit diesen nachhaltigen Sanierungsmaßnahmen sowie den von der Software Center Marburg Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH (SCM-BVG) durchzuführenden weiteren Verbesserungen des operativen Geschäfts zukünftig keine weiteren finanziellen Forderungen gegenüber der Stadt Marburg erhoben werden.**

zu 13      **Sanierung der Software Center Marburg Besitz- und  
Verwaltungsgesellschaft mbH (SCM-BVG)  
Vorlage: VO/1254/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU und der Zählgemeinschaft BfM, FDP und MBL und Nein-Stimmen aus SPD und B 90/Die Grünen, bei Enthaltung der PDS-Fraktion folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

zu 14      **Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe  
Vorlage: VO/1280/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss hat sich darauf verständigt, die Vorlage an den Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen zu überweisen und anschliessend erneut im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 15      **Dringlichkeitsanträge**

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 16      **Anträge des Kinder- und Jugendparlaments**

zu 16.1    **Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Spielplatz in der Gemoll  
Vorlage: VO/1198/2003**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (B 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Auf dem Spielplatz in der Gemoll sollen die Holztipis erneuert bzw. ausgebessert werden. Es soll geprüft werden, ob es andere überdachte Sitzmöglichkeiten gibt, die dort aufgestellt werden können.**

zu 16.2    **Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Radweg Bauerbach -  
Schröck  
Vorlage: VO/1199/2003**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Fachämter der Stadt Marburg sollen in einem Gutachten prüfen, ob und wie ein Radweg zwischen den Marburger Ortsteilen Bauerbach und Schröck möglich ist. Es sollen gemeinsame Überlegungen mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf vorgenommen werden.

## zu 17 **Anträge der Fraktionen**

### zu 17.1 **Antrag der MBL-Fraktion betr.: Errichtung einer Wetterstation in Kooperation mit der schweizerischen Firma Meteomedia (Jörg Kachelmann) Vorlage: VO/1233/2003**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (B 90/Die Grünen).

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Die Errichtung einer Wetterstation soll nur dann weiter verfolgt werden, wenn es gelingt, einen geeigneten Sponsor zu finden, um das Vorhaben für die Stadt Marburg weitestgehend kostenfrei zu halten.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Beschluss in folgender Fassung zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Marburg prüft die Möglichkeiten für die Einrichtung und Finanzierung einer Wetterstation in Marburg in Kooperation mit der schweizerischen Firma Meteomedia (Jörg Kachelmann).

Weiterhin zur Sache sprechen der Stadtverordnete Ludwig für die antragstellende Fraktion sowie Oberbürgermeister Möller und Stadtrat Dr. Kahle für den Magistrat.

Dem Hause liegen nun zwei unterschiedliche Ausschussempfehlungen vor. Der Stadtverordnetenvorsteher regte an, dass sich die Fraktionen auf eine Fassung einigen sollten.

Für die Fraktionen trägt nun die Stadtverordnete Oppermann (CDU) die neue Form des Beschlusstextes vor:

Der Magistrat der Stadt Marburg prüft die Möglichkeiten für die Einrichtung und Finanzierung einer Wetterstation in Marburg in Kooperation mit der schweizerischen Firma Meteomedia (Jörg Kachelmann).

Die Errichtung einer Wetterstation soll nur dann weiterverfolgt werden, wenn es gelingt, einen geeigneten Sponsor zu finden, um das Vorhaben für die Stadt Marburg kostenfrei zu halten.

Es folgen die Beschlussfassungen. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über den ursprünglichen Antrag der MBL-Fraktion in der vom Bauausschuss favorisierten Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus der Zählgemeinschaft BfM, FDP und MBL und bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

Danach stimmt die Stadtverordnetenversammlung über die neue Formulierung des Antragstextes. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg prüft die Möglichkeiten für die Einrichtung und Finanzierung einer Wetterstation in Marburg in Kooperation mit der schweizerischen Firma Meteomedia (Jörg Kachelmann).**

**Die Errichtung einer Wetterstation soll nur dann weiterverfolgt werden, wenn es gelingt, einen geeigneten Sponsor zu finden, um das Vorhaben für die Stadt Marburg kostenfrei zu halten.**

zu 17.2 **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Mehrzweckgebäude auf dem Fronhofgelände  
Vorlage: VO/1256/2003**

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss und im Bau- und Planungsausschuss behandelt worden. Beide Ausschüsse haben die Vorlage bis zur Mai-Sitzung zurück gestellt.

zu 17.3 **Antrag der SPD/B90/Die Grünen - Fraktionen betr. Beschluss über die Durchführung der Wiederwahl von Bürgermeister Egon Vaupel  
Vorlage: VO/1259/2003**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Köster (PDS/ML).

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage beraten. Die Beschlussfassung muss in zwei Abstimmungen erfolgen.

Zu Ziffer 1. des Beschlusstextes des Antrages muss gemäß § 40, Ziffer 1 der HGO die Beschlussfassung schriftlich und geheim erfolgen. Die Ziffer 2. der Vorlage kann in offener Abstimmung im Hause beschlossen werden.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, über den Antrag gemäß den gesetzlichen Vorgaben abzustimmen. Eine

inhaltliche Empfehlung wurde nicht beschlossen.

Auch der Stadtverordnetenvorsteher erläutert dem Hause nochmals das Verfahren. Für die Beschlussfassung zu Ziffer 1. des Antrages sind Stimmzettel für die geheime Abstimmung vorbereitet. Der Stadtverordnetenvorsteher beruft zwei Wahlhelfer aus den Fraktionen für die Durchführung der schriftlichen und geheimen Beschlussfassung und ruft alle Stadtverordneten in alphabetischer Reihenfolge zur geheimen Abstimmung auf.

Nach Beendigung der Abstimmung wird das Ergebnis bekannt gegeben.

An der Abstimmung haben sich alle 56 anwesenden Stadtverordneten beteiligt.

Mit „Ja“ haben gestimmt: 39 Stadtverordnete,  
mit „Nein“ haben gestimmt: 17 Stadtverordnete.

Damit hat die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich folgenden Beschluss gefasst:

**Bedingt durch den Ablauf der Amtszeit von Bürgermeister Egon Vaupel am 31.10.2003 ist eine Wiederwahl für eine weitere Amtszeit von 6 Jahren durchzuführen.**

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Ziffer 2 des vorgelegten Antrages abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Die Grünen, PDS und der Zählgemeinschaft FDP, BfM und MBL und bei Nein-Stimmen der CDU Fraktion folgenden Beschluss:

**Die Wiederwahl soll in der Stadtverordnetenversammlung am 21.05.2003 erfolgen.**

Der Stadtverordnetenvorsteher wird einen entsprechenden Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung der Mai-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung aufnehmen.

zu 17.4 **Antrag der CDU - Fraktion betr. Kindergarten**  
**Vorlage: VO/1260/2003**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (B 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der Vorlage.

Für den Magistrat berichtet Stadtrat Dr. Kahle. Mit diesem Bericht des Magistrats ist der Antrag erledigt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 17.5 **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Querungshilfen / Zebrastreifen**  
**Vorlage: VO/1268/2003**

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss zurückgestellt worden. Er soll zunächst im Schul- und Kulturausschuss behandelt werden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an den Schul- und Kulturausschuss.

zu 17.6 **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Beteiligung an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen der SWM**  
**Vorlage: VO/1271/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Im Haupt- und Finanzausschuss wurde der Antrag in einen Prüfantrag umgewandelt. Somit wird folgende Beschlussformulierung zur Annahme empfohlen:

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob allen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen politischen Gruppierungen in Zukunft eine angemessenen Beteiligung an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen der Stadtwerke Marburg (SWM) einzuräumen ist. Sollten die Mehrheitsverhältnisse dies im Rahmen des Aufsichtsrates zulassen, sind geeignete Maßnahmen zu prüfen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, B 90/Die Grünen, PDS, BfM und MBL und bei Nein-Stimmen aus CDU und FDP folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob allen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen politischen Gruppierungen in Zukunft eine angemessenen Beteiligung an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen der Stadtwerke Marburg (SWM) einzuräumen ist. Sollten die Mehrheitsverhältnisse dies im Rahmen des Aufsichtsrates zulassen, sind geeignete Maßnahmen zu prüfen.**

zu 17.7 **Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Starthilfe für Existenzgründer/innen in Marburg**  
**Vorlage: VO/1272/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, B 90/Die Grünen und PDS, bei Nein-Stimmen der CDU und Enthaltungen der Zählgemeinschaft BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Existenzgründer/innen von Seiten der Stadt Marburg (sinnvollerweise über die Stabsstelle Wirtschaftsförderung) zur Beschaffung von Startkapital neben der beratenden wenn nötig auch eine weitergehende unterstützende Hilfestellung/Begleitung angeboten wird.**

**Darüber hinaus werden die städtischen Vertreter bei der Sparkasse Marburg-Biedenkopf aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass ein Sparkassen-Risikofonds für Unternehmensgründungen eingerichtet wird, um selbständige Existenzsicherung zu fördern.**

zu 17.8 **Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Zukunft der Philipps-Universität in Marburg  
Vorlage: VO/1273/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Im Haupt- und Finanzausschuss wurde der Betreff des Antrages umformuliert in :

Räumliche Perspektiven der Philipps-Universität in Marburg.

Im übrigen empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Im Bau- und Planungsausschuss wurde ebenfalls die Überschrift des Antrages geändert in: Zukunft der Liegenschaften der Philipps-Universität in Marburg. Ansonsten empfiehlt auch der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen Oberbürgermeister Möller sowie die Stadtverordneten Oppermann (CDU), Neuwohner (B 90/Die Grünen) und Dr. Weinbach (SPD).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt, umgehend einen „Runden Tisch“ einzuladen bestehend aus Vertreter/innen der Stadt (Magistrat, Fraktionen) und der Philipps-Universität (Uni-Leitung, AstA- und Personalvertreter/innen) mit dem Ziel, die durch den Umzug der Kliniken anstehende räumliche Umstrukturierung mit vorzubereiten.**

**Ein erster Termin soll auf jeden Fall noch vor der Sommerpause 2003 stattfinden.**

**Von 20:25 bis 21:15 hat die Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Laßmann (B 90/Die Grünen) die Sitzung geleitet.**

zu 17.9 **Antrag der B90/Die Grünen/SPD-Fraktionen betr. Basketballfelder auf dem Schulhof der Friedrich-Ebert-Schule**  
**Vorlage: VO/1274/2003**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Spies (SPD). Im Schul- und Kulturausschuss wurde der zweite Absatz der Beschlussformulierung wie folgt geändert: Darüber hinaus soll darauf hingewirkt werden, dass der ausgehandelte Kompromiss eingehalten wird.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung möge den Magistrat beauftragen, sicherzustellen, dass die Basketballfelder auf dem Schulhof der Friedrich-Ebert-Schule zu den ausgewiesenen Zeiten, insbesondere am Wochenende und in den Schulferien beispielbar sind. Darüber hinaus soll darauf hingewirkt werden, dass der ausgehandelte Kompromiss eingehalten wird.**

zu 17.10 **Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Lärminderung**  
**Vorlage: VO/1275/2003**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (B 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Markus (B 90/Die Grünen), Dr. Musket (SPD), Oppermann (CDU) und für den Magistrat Stadtrat Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Die Grünen und PDS, bei Nein-Stimmen aus CDU und der Zählgemeinschaft BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt zu prüfen, welche Lärminderung durch die Realisierung des Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Marburger Nordstadt und Marburger Westen zu erwarten ist. Falls diese nach den gesetzlichen Vorgaben (Bundesimmissionsschutzgesetz, EU-Richtlinie Umgebungslärm) zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdendem Lärm nicht ausreicht, soll des weiteren ausgearbeitet werden, welche weiteren Maßnahmen erforderlich sind, um die o.g. gesetzlichen Anforderungen zur Lärminderung zu erfüllen.**

zu 17.11 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Einstellung der Buslinie 10**  
**Vorlage: VO/1276/2003**

Der Antrag wurde im Zusammenhang mit TOP 17.17 beraten und entschieden.

zu 17.12 **Antrag B 90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Ausbildungs- und Beschäftigungsplätze sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche, junge Erwachsene und Personen mit besonderen Problemen auf dem Arbeitsmarkt**  
**Vorlage: VO/1278/2003**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (B 90/Die Grünen). Im Sozialausschuss wurde zu diesem Thema eine Tischvorlage vorgelegt, die Gegenstand der Beratung wurde. Diese Tischvorlage liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser neuen Antragsformulierung. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Dr. Perabo (B 90/Die Grünen), Köster (PDS/ML), Kissel (CDU), Wüst (FDP), Köster (PDS/ML), Florschütz (B 90/Die Grünen), Severin (SPD), Gottschlich (CDU), Röllmann (FDP) und Dr. Huesmann (MBL). Ferner spricht Stadtrat Dr. Kahle für den Magistrat.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über diese Tischvorlage, die auch allen Stadtverordneten im Hause vorliegt, abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, B 90/Die Grüne und PDS/ML, bei Nein-Stimmen aus CDU, FDP und BfM und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

**In Ergänzung des am 28.03.03 beschlossenen Antrages wird der Magistrat gebeten:**

- 1. eine Ausbildungsinitiative zu starten, die zum Ziel hat, vorhandene Ausbildungsplätze zu erhalten und in Wirtschaft und Handel und im Bereich der Verwaltungen und in den Betrieben unter städtischer neue Ausbildungsplätze zu schaffen;**
- 2. durch die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Freiwilligenagentur Marburg ein Projekt „Ausbildungspaten“ zu starten. Dabei sollen ehemalige Führungskräfte von Unternehmen gewonnen werden, die bereit sind, ihre Beziehungen und Kompetenzen für das Akquirieren von Ausbildungsplätzen und für die Betreuung von Jugendlichen während der Ausbildung einzusetzen;**
- 3. sich dafür einzusetzen, dass Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für benachteiligte junge Menschen mit ausgeprägten Motivationsproblemen und für Personen, die besondere Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben wie Langzeitarbeitslose und schwerbehinderte Arbeitslose im erforderlichen Umgang erhalten bleiben;**
- 4. bis zum Sommer ein Konzept zur Sicherung der Ausbildungsplätze des Vereins für „Außerbetriebliche Ausbildung Marburg“ (VaAM e.V.) vorzulegen.**

zu **17.13** **Antrag der MBL-Fraktion betr. Auffangbehältnisse für Autofahrer- Müll**  
**Vorlage: VO/1281/2003**

Der Antrag ist im Umweltausschuss zurückgestellt worden. Die Stadtverordnetenversammlung vertagt die Vorlage.

zu **17.14** **Antrag der BfM, FDP und MBL-Fraktionen betr. Aufwandsentschädigungen**  
**Vorlage: VO/1282/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Antrag ist vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur weiteren Beratung überwiesen worden.

Die Antragstellenden Fraktionen haben den Antrag im Ältestenrat bis auf weiteres vertagt.

zu **17.15** **Antrag der MBL-Fraktion betr. Marburger Stadtgeld (Marmark)**  
**Vorlage: VO/1283/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung der Vorlage.

Die Antragstellende Fraktion stellt den Antrag jedoch bis auf weiteres zurück.

zu **17.16** **Antrag der CDU-Fraktion betr. Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet)**  
**Vorlage: VO/1284/2003**

Die Vorlage wurde im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss behandelt. Um die angemeldete Aussprache durch führen zu können wird der Antrag auf Wunsch der antragstellenden Fraktion vertagt bis zur nächsten Sitzung.

zu **17.17** **Antrag der CDU-Fraktion betr. ÖPNV-Anbindung des Aquamar**  
**Vorlage: VO/1285/2003**

Gleichzeitig wird aufgerufen der TOP 17.11 - Antrag der FDP-Fraktion, betr. Einstellung der Buslinie 10 und eine Vorlage der PDS/ML-Fraktion, betr. Buslinie zum AquaMar, die verspätet vorgelegt wurde und heute allen Stadtverordneten auf die Tische gelegt wurde. Dieser Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss ebenfalls im Zusammenhang mit den Vorlagen 17.11 und 17.17 behandelt worden. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD).

Im Haupt- und Finanzausschuss hat der Oberbürgermeister vorgeschlagen, den Antrag der CDU-Fraktion wie folgt zu ändern:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich umgehend und intensiv gegenüber den Stadtwerken dafür einzusetzen, dass die Buslinie zum AquaMar nur ab Mittag bis

in die frühen Abendstunden zu betreiben ist. Von den hierfür entstehenden Kosten von ca. 55.000 € nimmt die Stadt einen Anteil von 20.000 €. Der Restbetrag wird durch die Stadtwerke finanziert.

Ferner wurde darauf hingewiesen, dass durch diese Änderung nur noch für eine Stelle Personalkosten anfallen. Bisher waren dies zwei Stellen.

Die vorgeschlagene Antragsformulierung wird von der antragstellenden Fraktion übernommen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung der so geänderten Vorlage.

Der Antrag der FDP-Fraktion, TOP 17.11, wurde vom Haupt- und Finanzausschuss beraten und zur Ablehnung empfohlen.

Aussprache wurde angemeldet.

Der nachgereichte Antrag der PDS/ML-Fraktion zu diesem Thema wurde ebenfalls beraten und zur Ablehnung empfohlen.

Im Rahmen der Aussprache sprechen der Oberbürgermeister für den Magistrat sowie die Stadtverordneten Gottschaldt (PDS/ML), Schwebel (FDP) und Heubel (CDU).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt anschließend über die drei Anträge einzeln abstimmen:

#### **Antrag der FDP-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus der Zählgemeinschaft BfM, FDP und MBL, bei Nein-Stimmen der restlichen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

#### **Antrag der PDS-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der PDS/ML-Fraktion, bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

#### **Antrag der CDU-Fraktion, TOP 17.17**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der PDS/ML-Fraktion mit den Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert, sich umgehend und intensiv gegenüber den Stadtwerken dafür einzusetzen, dass die Buslinie zum AquaMar nur ab Mittag bis in die frühen Abendstunden zu betreiben ist. Von den hierfür entstehenden Kosten von ca. 55.000 € nimmt die Stadt einen Anteil von 20.000 €. Der Restbetrag wird durch die Stadtwerke finanziert.**

zu **18**      **Kenntnisnahmen**

zu **18.1**      **Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2003**  
**hier: Hst. 2203/9402 'PCB-Sanierung Theodor-Heuss-Schule'**  
**Vorlage: VO/1241/2003**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es handelt sich um eine Kenntnisnahme. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um Uhr.

Löwer  
Stadtverordnetenvorsteher

Spies  
stellv. Vorsitzende  
der SPD-Fraktion

Rehlich  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

Wagner  
Protokoll und  
Geschäftsstelle

**Anlagen**